

Liberalismus und Monarchie im Europa des 19. Jahrhunderts¹

Es gibt eine Fülle von Epochenbeschreibungen für Europas „langes“ 19. Jahrhundert. Eberhard Weis und Jürgen Osterhammel haben es als das Zeitalter bezeichnet, das den „Durchbruch des Bürgertums“ oder die „Verwandlung der Welt“ erlebte. Eric Hobsbawm entschied sich für eine dreifache Abfolge: erst die Ära der Revolutionen, dann die des Kapitals und zuletzt die des Imperialismus. Jürgen Kocka betont für Deutschland den „Kampf um die Moderne“, während Richard Evans den Kontinent Europa im 19. Jahrhundert als „im Umbruch“ charakterisiert hat.² All diese Epitheta sind berechtigt und beleuchten Elemente der Veränderung. Es gibt zudem aber auch gute Gründe, diese Charakterisierungen durch einen Hinweis auf eine bedeutende Kontinuitätslinie zu ergänzen. In Europa blieb das 19. Jahrhundert nämlich ein monarchisches Säkulum.

Dieser Befund mag zunächst vielleicht überraschen. Immerhin begann das „lange“ 19. Jahrhundert mit der Französischen Revolution. Diese erreichte – aus monarchischer Sicht – im Januar 1793 ihren katastrophalen Tiefpunkt, als König Ludwig XVI. zum Schafott geführt wurde. Auch nach der Niederwerfung Napoleons blieb die Monarchie dem Druck revolutionärer Kräfte ausgesetzt, die tiefgreifende soziale und politische Veränderungen einforderten und zur Mitte des Jahrhunderts beinahe den gesamten Kontinent erschütterten. Überall erschien die einstmals absolute Macht der Kronen, nunmehr ohne den ideologischen Schutz, den ein weithin akzeptiertes Gottesgnadentum zuvor gewährt hatte, in die Defensive gedrängt und im Schwinden begriffen. Zudem strahlten nicht nur in der Rückschau, sondern bereits für die Zeitgenossen die erstaunlichen Veränderungen hervor, die sich zur

1 Dieser Beitrag beruht auf meinem Referat beim Liberalismus-Kolloquium des Archivs des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Jena im November 2021; bei der schriftlichen Ausarbeitung wurde der Vortragscharakter weitgehend beibehalten.

2 Eberhard Weis: *Der Durchbruch des Bürgertums 1776–1847*. Frankfurt a.M. 1981; Jürgen Osterhammel: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München 2009; Eric Hobsbawm: *The Age of Revolution: Europe, 1789–1848*. London 1962; ders.: *The Age of Capital 1848–1875*. London 1975; ders.: *The Age of Empire*. London 1987; Jürgen Kocka: *Kampf um die Moderne. Das lange 19. Jahrhundert in Deutschland*. Stuttgart 2021; Richard J. Evans: *Das europäische Jahrhundert. Ein Kontinent im Umbruch – 1815–1914*. Stuttgart 2018.

Modernisierung von Staat und Gesellschaft summierten: der technologische, wissenschaftliche, kulturelle, mediale, demographische, politische und intellektuelle Wandel, an dessen Ende die Hochmoderne stand.³

Angesichts dieser epochalen Umwälzungen ist die Überlebens- und Anpassungsfähigkeit der monarchischen Ordnungen in Europa umso erstaunlicher: Bis zum Ende des langen 19. Jahrhunderts lebten fast alle Europäer in monarchischen Staatswesen. Die wenigen Ausnahmen, die zu Beginn des Ersten Weltkriegs diese gesamteuropäische „Regel“ bestätigten, waren Frankreich, das die Monarchie im Verlauf des 19. Jahrhunderts zweimal restauriert und zweimal wieder abgeschafft hatte, die Schweiz, die Zwergrepublik San Marino und – seit 1911 – Portugal: republikanische Inseln in einem monarchischen Meer. Zudem wählte kein Staat, der sich in Europa im 19. Jahrhundert neu begründete – von Griechenland und Belgien (1821 und 1830) bis Norwegen im Jahr 1905 – einen republikanischen Weg in die Unabhängigkeit. Alle unternahmen diesen Schritt unter einer Königskrone. Vor der breiten Entkrönungswelle, die am Ende des Ersten Weltkriegs über die mittel- und osteuropäische Staatenlandschaft hereinbrach, gab es keine durchschlagskräftige antimonarchische Bewegung, von der eine ernstzunehmende Gefahr für die gekrönten Häupter des Kontinents ausging. Vielmehr erfreuten sich die Monarchen mutatis mutandis einer breiten, medial vermittelten Beliebtheit. „Aus der näheren und weiteren Umgebung waren weit über 100.000 Menschen gekommen“, erinnerte sich die frischgebackene Herzogin Viktoria Luise an ihren feierlichen Einzug in Braunschweig im November 1913. „Wer den Jubel gehört hat, bekam einen Begriff von der Macht der Tradition in den Herzen der Menschen.“⁴

Daraus ergibt sich, dass die europäischen Staaten und Gesellschaften ihre verschiedenen und unterschiedlich schnellen Modernisierungsprozesse im 19. Jahrhundert fast ausschließlich im Rahmen monarchischer Staatsordnungen vollzogen. Es scheint dabei keineswegs eindeutig geklärt, inwieweit sich diese beiden Phänomene – die Modernisierung und das Überleben der monarchischen Staatsform – gegenseitig behinderten und beschädigten oder sich stützten und symbiotisch verbanden.

Das 19. Jahrhundert lässt sich jedoch auch als ein Säkulum des Liberalismus charakterisieren. Mit seiner Absicht, die politische Herrschaft über den Einzelnen durch Verfassungsgebung zu beschränken und zu regulieren, um so die Freiheit des Individuums zu fördern, gehört der Liberalismus – neben beispielsweise dem Nationalismus, dem Imperialismus und dem Kapitalismus – zu einer Handvoll von Ideengefügen, die der politischen Kul-

3 Ulrich Herbert: Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century. In: Journal of Modern European History 5 (2007), S. 5–21.

4 Herzogin Viktoria Luise: Ein Leben als Tochter des Kaisers. Göttingen 1965, S. 118 f.

tur Europas in diesem Zeitraum ihren Stempel aufgedrückt haben. Der Liberalismus kann für diese Epoche auf eine staunenswerte Erfolgsgeschichte zurückblicken. Als einigermaßen klar konturierte, auch parteiengeschichtlich fassbare politische Bewegung trat er ungefähr gleichzeitig mit dem langen 19. Jahrhundert ins Leben. Der Liberalismus wurde von der Aufklärung geprägt und empfing zugleich entscheidende, positive wie negative Impulse aus der Französischen Revolution, die er gewissermaßen beerben sollte. Es gelang ihm, die politische Entwicklung des Kontinents und des Jahrhunderts entscheidend zu formen, und dies trotz aller Rückschläge und Verzögerungen und im Angesicht zum Teil erbitterten Widerstands. Man kann hier etwa auf die Gegnerschaft reaktionärer Kräfte hinweisen – auf autokratisch-ständisch orientierte Formen des Konservatismus oder klerikal-fortschrittsfeindliche kirchliche Opposition –, aber auch auf radikale Herausforderungen von links.⁵

Ungeachtet der Kraft dieser Gegner ist als Erfolg des Liberalismus zu konstatieren: Im Verlauf des 19. Jahrhunderts konnte sich eine stets wachsende Zahl von Europäern sicher sein, dass ihre individuellen Freiheiten als Menschen und Staatsbürger respektiert und geschützt wurden. Selbst rückwärts gewandte Kräfte waren immer weniger gewillt und befähigt, die einmal zugestandenen Rechte zurückzuschrauben. Gemessen an den Zielsetzungen, die sie sich zu Beginn des Jahrhunderts auf die Fahnen geschrieben hatten, konnten Liberale mit dem Verlauf der Dinge zufrieden sein. „In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts“, so konstatierte Wolfgang Mommsen, „waren die wesentlichen politischen Forderungen des europäischen Liberalismus zumindest in West- und Mitteleuropa weitgehend durchgesetzt. Die liberale Lehre stand auf dem Höhepunkt ihrer Geltung; der Liberalismus galt als die eigentlich progressive Kraft in der europäischen Politik.“ 1904 erklärte der italienische Intellektuelle Giuseppe Prezzolini: „Wir sind alle Liberale“. Fast könnte man, wiederum mit Wolfgang Mommsen, zu dem Schluss kommen, dass sich der Liberalismus am Ende des 19. Jahrhunderts zu Tode gesiegt hatte.⁶

Was ergibt sich nun aus der Beobachtung, dass dieses Zeitalter sowohl eine monarchische als auch eine liberale Epoche war, wenn man nach dem Verhältnis von Monarchie und Liberalismus im 19. Jahrhundert fragt?

Eine Deutung der Zustände, die in der Monarchie – reflexhaft – nur konservativ-reaktionäre Beharrung erkennt und den Liberalismus allein als den unerschrockenen Bannerträger für Freiheit und Volksherrschaft ansieht, wird diese Frage mit einer Konfliktgeschichte beantworten. Dafür gibt es gute Gründe und eindringliche Zitate. Schon für die Zeitgenossen war der

5 Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feinbild. Göttingen 2014.

6 Wolfgang Mommsen: Das Zeitalter des Imperialismus. Frankfurt 1969, S. 10, 13.

Liberalismus ein Schlachtruf der Opposition gegen den status quo: „Der Geist der Zeit ist, gleich einem wilden Strome, aus seinen Ufern gebrochen“, bemerkte 1831 der Bibliothekar und Historiker August Wilhelm Gförrer, der später als Abgeordneter in die Deutsche Nationalversammlung von 1848/49 gewählt werden sollte, „Liberalismus und Royalismus sind zwei Zaubерwörter, welche die Menschheit in zwei Heerhaufen theilten“⁷ Dass die Träger der Kronen und ihre Anhänger dem Liberalismus auf dem politischen Schlachtfeld gegenüberstanden, war nicht überraschend und beileibe keine Seltenheit. „In allen Staaten Europas, wenngleich mit unterschiedlicher Kraft und Intensität“, so Wolfgang Mommsen, „führte der Liberalismus, getragen von der wirtschaftlich aufsteigenden Schicht des Bürgertums, den Angriff gegen die bestehende monarchische Ordnung und die damit verfilzte gesellschaftliche und politische Vorherrschaft der adeligen Schichten.“⁸

Überall in Europa finden sich Beispiele für mehr oder minder scharfe Konflikte dieser Art: In Spanien wandte sich König Ferdinand VII. brutal gegen die 1812 verabschiedete liberale Verfassung von Cadix und richtete nach 1814 eine autokratisch-absolutistische Herrschaft auf. Nach seinem Tod geriet das Land in die Karlistenkriege, in denen die liberalen Befürworter einer Verfassungsordnung gegen die autokratisch-absolutistische Faktion unter Führung von Carlos María Isidro de Borbón, den Bruder des verstorbenen Königs, kämpften.⁹ 1840 zog es der niederländische König Willem I. nach langwierigen, spannungsgeladenen Verhandlungen mit seinem Parlament vor abzudanken.¹⁰ Er war nicht bereit, die beschlossenen Verfassungsänderungen, die eine Einschränkung der königlichen Prärogative bedeuteten, in seine eigene Regierungspraxis zu integrieren. Was den konfliktreichen Weg betrifft, den die preußische Krone und die liberale Bewegung vom königlichen Verfassungsversprechen während der Befreiungskriege, über den Vereinigten Landtag von 1847, die Märzrevolution, die oktroyierte Verfassung und die Manteuffel-Ära bis hin zum Verfassungskonflikt mit- beziehungsweise gegeneinander zurücklegten, so genügt es, diese Problematik hier nur kurz in Erinnerung zu rufen.¹¹ Für die Zeit danach gilt, dass weder bei Wilhelm I. noch bei seinem Enkel und Nachfolger auf dem preußisch-deutschen Kaiserthron von einem konstruktiven, offenen Verhältnis zur liberalen Bewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gesprochen werden kann.

7 Jörn Leonhard: „An odious but intelligible phrase ...“ – *Liberal* im politischen Diskurs Deutschlands und Englands bis 1830/32. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 8 (1996), S. 21.

8 Mommsen: Zeitalter (wie Anm. 6), S. 10.

9 Charles J. Esdaile: *Spain in the Liberal Age 1808–1939*. London 2009.

10 Jeroen Koch/Dik van der Meulen/Jeroen van Zanten: *The House of Orange in Revolution and War. A European History, 1772–1890*. London 2022.

11 James Sheehan: *German Liberalism in the Nineteenth Century*. Chicago 1978.

Grund genug also, im Verhältnis von Monarchie und Liberalismus im Europa des 19. Jahrhunderts, Spannungen, Konflikte und Antagonismen zu betonen. Und dabei sind die lange, im Grundsatz autokratische und instinktiv absolutistische Herrschaft des österreichischen Kaisers Franz Joseph¹² und das zaristische Russland noch gar nicht erwähnt worden.¹³

Dennoch soll hier eine Gegeninterpretation umrissen werden, die den Kern der Beziehung zwischen Krone und Liberalismus eher trifft als eine ausschließliche Betonung der antagonistischen Momente. Sie hat zudem den Vorteil, einige augenfällige Phänomene besser zu erklären: etwa das Überleben der Monarchien vor dem Hintergrund dramatischer Veränderungen und den Erfolg des Liberalismus, sowie die Gleichzeitigkeit, mit der die liberale und die monarchische Epoche am Ende des „langen 19. Jahrhunderts“ ihren Abschluss fanden. Für das Verhältnis zwischen dem europäischen Liberalismus im 19. Jahrhundert und der für das Zeitalter typischen und vorherrschenden Form der Monarchie sollte man, so die These, eher von einem für beide Seiten nützlichen Kooperationsverhältnis sprechen. Diese Zusammenarbeit, beziehungsweise dieses für beide Seiten förderliche gemeinsame Wirken lässt sich am besten mit Hinweis auf drei Bereiche illustrieren, die für die politische Entwicklung des Kontinents von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg von zentraler Bedeutung waren: (I.) Verfassung, (II.) die kontrollierte Teilhabe am politischen Prozess und (III.) die Nationalisierung der Staatswesen und Gesellschaften.

Das im Großen und Ganzen gedeihliche Miteinander zwischen Monarchie und Liberalismus im 19. Jahrhundert – das gelegentlich ein nicht immer angenehmes Aneinanderreiben war – beruhte freilich auf einer fundamentalen Voraussetzung. Zuvor musste sich die Monarchie aus ihrer absolutistisch-autokratischen Form herausgeschält haben; sie musste die Verpflichtung eingegangen sein, ihren Herrschaftsanspruch nicht gegen, sondern im Einklang mit den individuellen Bürgern auszuüben, aus denen sich das beherrschte Volk zusammensetzte. Wo dieses Zugeständnis erfolgt war, wo also die Gefahr monarchischer Despotie gebannt schien, da befanden sich die Krone und die Träger des Liberalismus als politischer Idee auf dem gemeinsamen politischen Terrain, auf dem es galt, das Staatswesen einvernehmlich zu gestalten und eine unbeschränkte Volksherrschaft abzuwehren.

„Wenn ein monarchischer Staat auf eine solche Art verwaltet wird, daß, obgleich alles nach einem einzigen Willen geht, der einzelne Bürger sich doch überreden kann, daß er nach seinem eigenen Sinn lebe und bloß seiner Neigung gehorche“,

12 Jonathan Kwan: *Liberalism and the Habsburg Monarchy 1861–1895*. Basingstoke 2013, S. 13.

13 Vanessa Rampton: *Liberal Ideas in Tsarist Russia. From Catherine the Great to the Russian Revolution*. Cambridge 2020, S. 3 f.

so erklärte Friedrich Schiller im Jahr 1793, „so nennt man das eine liberale Regierung. Man würde aber großes Bedenken tragen, ihr diesen Namen zu geben, wenn entweder der Regent seinen Willen gegen die Neigung des Bürgers, oder der Bürger seine Neigung gegen den Willen des Regenten behauptete; denn in dem ersten Fall wäre die Regierung nicht liberal, in dem zweiten wäre sie gar keine Regierung.“¹⁴

I.

Die Frage, wie eine solche liberale Regierung einzurichten ist, führt zum Thema Verfassung, zur Konstitution – einem weiteren Begriff, den die Zeitgenossen als „Zauberwort“ bezeichneten.¹⁵ Er schlug Liberale wie Anhänger der Monarchie in seinen Bann und kettete sie im 19. Jahrhundert aneinander. Es ist kein Zufall, dass der Begriff „liberal“ als Bezeichnung für eine klar definierte politische Partei zuerst für die Anhänger einer Verfassung verwendet wurde. Es handelte sich dabei um die spanische Verfassung von Cadix aus dem Jahr 1812. Dieses wirkmächtige Dokument formulierte aus liberaler Perspektive einen Kompromiss zwischen der Krone und den Freiheitsrechten des Volkes. Es gestand die Souveränität nicht dem Monarchen, sondern der Nation zu, übertrug „die Befugnis zur Ausführung der Gesetze“ jedoch „ausschließlich dem König“. Die Autorität dieser „heiligen und unverletzlichen“ Person sollte sich auf alles erstrecken, „was gemäß der Verfassung und den Gesetzen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Inneren und zur Sicherheit des Staates im Äußeren beiträgt“.¹⁶

Die Verfassung von Cadix war allerdings nicht von König Ferdinand VII. erlassen worden, sondern von einer verfassungsgebenden Versammlung, den Cortes. Daher stand nicht sie, sondern die oktroyierte *Charte Constitutionnelle* in Frankreich am Beginn des umfassenden Prozesses, der die Monarchie im 19. Jahrhundert entscheidend gestaltete. Der aus dem Exil zurückgekehrte König Ludwig XVIII. erließ diese Verfassungsurkunde im Jahr 1814 – angeblich aus der unbeeinträchtigten Fülle seiner göttlich begnadeten Herrschaft – und verband dadurch die Bestätigung zentraler Errungenschaften der Revolutionsära mit dem Prinzip einer begrenzten Königsherrschaft. Damit begann für Volker Sellin das „Jahrhundert der Restaurationen“.¹⁷

Restauration war in der Lesart Sellins ein schrittweiser Vorgang, der fast überall in Europa zu beobachten war. Er bestand daraus, dass Monarchen ihre Herrschaft befestigten, indem sie unter dem Druck politischer

14 Leonhard: An odious but intelligible phrase (wie Anm. 7), S. 14.

15 Über Verfassungsvertrag, Verfassungsformen und die Wirksamkeit ständischer Versammlungen. In: Rheinische Blätter (27.9.1817), S. 638.

16 Constitución española de 1812, Art. 168–173 https://es.wikisource.org/wiki/Constituci%C3%B3n_espa%C3%B1ola_de_1812 \l "T%C3%8DTULO_IV:Del_Rey (20.2.2022).

17 Volker Sellin: Das Jahrhundert der Restaurationen 1814–1905. München 2014, S. 15–34.

Forderungen Verfassungen gewährten, mithin ihre Regierungsmacht durch kodifiziertes Staatsrecht einschränkten, durch das wiederum die Freiheitsrechte der Untertanen garantiert wurde. Diese Vereinbarungen wurden dann sukzessive an die Anforderungen der Zeitläufte angepasst. Die Richtung dieses Vorgangs war – von wenigen Rückschlägen abgesehen – klar: die Ausübung monarchischer Macht wurde zunehmend an die Mitwirkung anderer Verfassungsorgane, vor allem an gewählte Volksvertretungen, geknüpft. Und der Kreis der am politischen Prozess beteiligten Individuen wurde stetig erweitert – zumeist durch Veränderungen des Wahlrechts. All dies wurde ummantelt von einer trotzigem, wenn auch zunehmend rein rhetorischen und anachronistischen Betonung des monarchischen Prinzips, demzufolge alle Souveränität bei der Krone und ihrem Träger ruhte.

Diese Restaurationsprozesse verliefen – je nach Herrscherpersönlichkeit, Land und Zeitpunkt – mal mehr, mal weniger zögerlich. Oftmals musste sich erst beachtlicher politischer Druck aufbauen, der revolutionäre Verwerfungen androhte oder sich sogar in Revolutionen entlud, bevor sich das Rad der Verfassungsentwicklung weiterdrehte. Aber in der Summe ist mit Martin Kirsch zu konstatieren, dass sich als Ergebnis dieses Prozesses die konstitutionelle Monarchie als „europäischer Verfassungstyp“ etablieren konnte.¹⁸ Europas Monarchen vollzogen diese Entwicklung – mehr oder weniger zähneknirschend – mit. „Man muss frei heraus den konstitutionellen Weg beschreiten“, soll der niederländische König Willem II. bei seinem Regierungsantritt 1840 erklärt haben, denn für „die Souveräne gibt es keinen anderen Weg mehr“, als mit dem Jahrhundert zu gehen.¹⁹

So entwickelte sich ein Phänomen, das der amerikanische Historiker David Harris schon in den 1950er Jahren als „*liberalism by princely grace*“ bezeichnet hat – als „Liberalismus durch fürstliche Gnade“.²⁰ Trotz des oftmals als schmerzhaft empfundenen Abschieds von der scheinbar unbeschränkten Macht absoluter Majestät, bot die Bereitschaft zur „Restauration“ den Kronen einiges, für das sich das Opfer lohnte: So ließ sich ein revolutionäres Zeitalter überleben; so konnte man große Teile des aufstrebenden Bürgertums an die monarchische Staatsform binden. Außerdem erlaubte dieser Vorgang manchem Monarchen, sich nunmehr im warmen Glanz der Behauptung zu sonnen, als großzügiger Spender und Wahrer der in den Verfassungstexten verbrieften Freiheitsrechte agiert zu haben. Nebenbei finanzierten die in den Verfassungen festgelegten Zivilisten große Teile der Hofhaltung, und

18 Martin Kirsch: Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich. Göttingen 1999.

19 Frank Lorenz Müller: Die Thronfolger. Macht und Zukunft der Monarchie im 19. Jahrhundert. München 2019, S. 44.

20 David Harris: European Liberalism in the Nineteenth Century. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 502.

mit den Verfassungen gelang es den Monarchen in der nachnapoleonischen Zeit, neuerworbene Territorien zu integrieren: „Man sollte nicht glauben, was ein großes Königswort, unsere Verfassung, in kurzer Zeit für Dinge tun kann“, kommentierte der bayerische Jurist Anselm von Feuerbach die bayerische Konstitution von 1818: „Erst mit dieser Verfassung hat sich unser König Ansbach und Bayreuth, Würzburg, Bamberg usw. erobert.“²¹

Dass die Liberalen dieses als fürstliches Gnadengeschenk verpackte Angebot gerne annahmen, sollte nicht überraschen. Schließlich konnten sich moderate Liberale bei der Umgestaltung der französischen Verfassung beim Übergang von der Bourbonen-Herrschaft zur Julimonarchie im Jahr 1830 weitestgehend durchsetzen.²² Die Verfassung des Königreichs Belgien vom darauffolgenden Jahr galt, so der britische Verfassungshistoriker John Hawgood, gar als Leitstern für Liberale. Belgien verfügte über eine Konstitution, die „alles hatte“ – den Verfassungseid des Königs, ein Zweikammerparlament, eine unabhängige Justiz und einen staatlich besoldeten Klerus.²³ Zudem wirkten vielerorts alte Traditionen weiter, die dafür sorgten, dass viele Liberale in einem aufgeklärten Monarchen und dem von ihm geleiteten Staatsapparat einen machtvollen Agenten der Modernisierung von Staat und Gesellschaft erblickten. Im österreichischen Liberalismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lässt sich zum Beispiel eine dezidierte josephinistische Loyalität beobachten. Eduard Herbst, der Landtags- und Reichsratsabgeordnete, Justizminister und Führer der Deutsch-Liberalen Partei, erinnerte sich, wie ihm in den 1840er Jahren als Finanzbeamter die handgeschriebenen Notizen Kaiser Josephs II. in den historischen Akten wie Goldstaub, wie eine Offenbarung vorgekommen waren. Er sei damals Josephinist geworden.²⁴

In Spanien stilisierten etwa zur gleichen Zeit liberale Kräfte die Krone zum Garanten der Freiheit. Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit den reaktionären Karlisten wurde die minderjährige Königin Isabella II. zur „*niña de la libertad*“, zum „Mädchen der Freiheit“ verklärt, das dem Land eine Verfassung, Freiheit und Zukunft verhieß. In seinem Theaterstück „*Doña Maria de Molina*“ von 1837, ließ der spätere Minister Mariano Roca de Togores seine Heldin ausrufen, dass das Volk „seine heiligen Rechte zusammen mit den Königssöhnen verteidigt, weil Thron und Freiheit heute dasselbe sind“.²⁵ In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich ein symbiotisches Verhältnis zwischen den Institutionen der liberalen Staatsordnung

21 Montgelas und sein Ansbacher Mémoire von 1796 – Verfassung von 1818. In: Haus der Bayerischen Geschichte <https://www.hdbg.de/montgelas/pages/hmv54.htm> (20.2.2022).

22 Pamela Pilbeam: *The 1830 Revolution in France*. London 1991.

23 John A. Hawgood: *Liberalism and Constitutional Developments*. In: J. P. T. Bury (Hrsg.): *The New Cambridge Modern History*. Bd. 10. Cambridge 1971, S. 191.

24 Kwan: *Liberalism* (wie Anm. 12), S. 9.

25 David San Narcisco: *The Crown in National Disguises. The Uses of Monarchy's Historical Past in Spanish Nation-Building, 1833–1868*. In: *Nationalities Papers* (2021), S. 6.

und der spanischen Krone. Durch gemeinsame symbolische Handlungen – etwa indem der König eine zentrale Rolle im parlamentarischen Ritual wahrnahm – konnte man sich gegenseitig stabilisieren. Dies erlaubte es beiden Partnern, den modernen spanischen Nationalstaat gemeinsam zu formen.²⁶

In Großbritannien lässt sich spätestens seit dem Great Reform Act von 1832 und der Thronbesteigung Victorias fünf Jahre später überhaupt kein prinzipieller Gegensatz zwischen der Krone und der liberalen Partei mehr ausmachen. Die junge Königin tat ihre ersten Schritte unter der väterlichen Fürsorge des liberalen Parteiführers Viscount Melbourne, zu dem sie eine solche Bindung entwickelte, dass sie später nur mit Mühe dazu gebracht werden konnte, den Antritt der konservativen Regierung unter Robert Peel zu akzeptieren. Melbourne gelang es jedoch – mit Hilfe des Prinzgemahls Albert – die Monarchin zu einer Haltung parteipolitischer Neutralität zu bewegen. Dies wurde zu einem Charakteristikum der britischen Monarchie und Teil der „*English Constitution*“, wie sie der liberale Journalist Walter Bagehot in den 1860er Jahren feierte. So war es dann auch der große liberale Premierminister William Gladstone, der entscheidend und effektiv eingriff, als die Popularität der Queen und der Monarchie tatsächlich kurzfristig bedroht schien.²⁷

Um die Wende zum 20. Jahrhundert schien die Konstitutionalisierung der Monarchie – mit den Ausnahmen Russlands und des Osmanischen Reichs – in der Hauptsache vollendet, und das Gros der liberalen Kräfte blickte zufrieden auf das gemeinsam erzielte Ergebnis: „Die Monarchie steht heutzutage in den meisten Ländern stärker da als vor 50 Jahren“, resümierte der liberale niederländische Parteiführer Willem Hendrik de Beaufort im Jahr 1900. „Meinte oder befürchtete man zuvor, dass die konstitutionell-parlamentarische Monarchie nur eine Übergangsform für die Republik sein könnte, so kann man gegenwärtig sagen, dass die konstitutionelle Monarchie ihren festen Platz hat.“²⁸ Sozusagen als Schlussstein dieser Entwicklung stand die stilisierte Figur des verfassungstreuen Monarchen, in der sich liberale Verfassungstreue und monarchische Loyalität vorbildlich verbanden. So feierte die italienische Presse den im Jahr 1900 ermordeten König Umberto als „modellhaften konstitutionellen König“. Die „tiefste und absolute Hingabe an die Institutionen des Vaterlandes“ hätten von ihm seinen Ausgang genommen, und die Essenz moderner Verfassungen sei geradezu „in seine

26 David San Narcisco, Margarita Barral-Martínez, Carolina Armenteros (Hrsg.): *Monarchy and Liberalism in Spain. The Building of the Nation State*. London 2021, S. 1, 185.

27 Vernon Bogdanor: *The Monarchy and the Constitution*. Oxford 1995; Walter Bagehot: *The English Constitution*, hrsg. v. Paul Smith. Cambridge 2001 [zuerst 1867]; William Kuhn: *Ceremony and Politics. The British Monarchy, 1871–1872*. In: *Journal of British Studies* 26 (1987), S. 133–162.

28 Müller: *Thronfolger* (wie Anm. 19), S. 24 f.

Seele eingegraben“ gewesen. Den fünfzehn Jahre zuvor jung verstorbenen König Alfonso XII. von Spanien ehrte man als einen der Freiheit und dem Frieden, der Ordnung und der Toleranz verbundenen Mann – als einen „konstitutionellen König der modernen Zeit.“²⁹

II.

Dass Liberalismus und konstitutionelle Monarchie insgesamt so gedeihlich zusammenwirken konnten, erklärt sich auch dadurch, dass Liberalismus und konstitutionelle Monarchie mit einem ein sehr ähnlichen zentralen politischen Problem konfrontiert waren: mit der Regulierung der politischen Partizipation, mit der Kontrolle des Zugangs zur Macht.

Alan Kahan hat in der Frage nach „*capacity*“ (Befähigung) das charakteristische Problem des europäischen Liberalismus im 19. Jahrhundert erkannt. Damit ist gemeint, dass Liberale nach Kriterien suchten, die gewährleisten sollten, dass der Einzelne befähigt war, einen angemessenen gestaltenden Beitrag zum politischen Leben des Gemeinwesens leisten zu können. Aristokratische Konservative wollten das Recht auf politische Partizipation nur den von Geburt aus Privilegierten zugestehen; für Demokraten galt, dass dieses Recht allen Menschen – oder zumindest allen weißen Männern – zustand. Dem Liberalismus hingegen war es ein Anliegen, herauszufinden, wem man diesen Zugang zur Macht gewähren sollte – und wem nicht. Daraus ergab sich die Frage, wie eine politische Ordnung zu konstruieren sei, die diejenigen mit „Befähigung“ einbezieht, diejenigen ohne „Befähigung“ ausschließt, und dabei stets dafür offen bleibt, den Kreis der Ersteren schrittweise um diejenigen zu erweitern, die sich den Zugang über Vermögen, Bildung und Charakter verdient hatten.³⁰

Die Wurzel dieses Problems war eine furchtsame Aversion vieler Liberale gegen das, was als Pöbel verstanden wurde. John Stuart Mill gab zu, dass er „die Ignoranz und insbesondere die Selbstsucht und Brutalität der Massen fürchtete“.³¹ Alexis de Tocqueville erklärte: „Vom Kopf her schätze ich die demokratischen Institutionen, aber aus Instinkt bin ich Aristokrat, will heißen, ich verachte und fürchte die Menge. Mit Leidenschaft liebe ich die Freiheit, die Gesetze, die Achtung für die Rechte, aber nicht die Demokratie.“³²

29 Ebd., S. 41 f.

30 Alan S. Kahan: *Liberalism in Nineteenth-Century Europe: The Political Culture of Limited Suffrage*. Basingstoke 2003.

31 John Stuart Mill: *Liberalism Evaluated* (1873), <https://sourcebooks.fordham.edu/mod/1873jsmill.asp> (22.2.2022).

32 Alexis de Tocqueville: *Oeuvres Complètes* III/2. Paris 1985, S. 87.

Zu dieser Angst kam die Überzeugung, dass die aktive Teilnahme am politischen Leben durch die Stimmabgabe kein unbedingtes Recht war, sondern durch den Zweck guter Regierung gerechtfertigt wurde. Das Parlament existierte nicht *aus dem Volk*, sondern *für das Volk*. Bei der Wahlrechtsdebatte in der französischen Kammer erklärte der Abgeordnete Gauthier 1831 prägnant, dass das Recht auf politische Partizipation dem alleinigen Zweck diene, dem Gemeinwohl zu nutzen. Für den liberalen Premier Lord John Russell, den Vater des „Great Reform Act“ von 1832, ging es darum, das Wahlrecht „einer Klasse zu geben, der man es mit Sicherheit anvertrauen kann, und es anderen vorzuenthalten, wenn es der öffentliche Nutzen verlangt.“³³

Das Mittel, um diese Vision, der sich der überwiegende Teil des moderaten Liberalismus in den Jahren zwischen der Julirevolution und dem Ende des Jahrhunderts verschrieb, zu verwirklichen, war die Einschränkung des Wahlrechts. Kahan spricht daher auch von der „*Political Culture of Limited Suffrage*“. Die Begrenzung erfolgte über einen Einkommens- oder Besitz-Zensus, manchmal auch über Bildungsstand oder berufliche Qualifikationen. Gelegentlich wurden bei der Ausweitung des Wahlrechts auf neue Gruppen – etwa auf Teile der Arbeiterschaft – „befähigtere“ beziehungsweise „verlässlichere“ Individuen mit Pluralstimmen ausgestattet, um die möglichen Veränderungen etwas abzufedern. Wir finden solche Regelungen in der überwiegenden Mehrheit von Wahlrechtsbestimmungen in Europas konstitutionellen Monarchien im 19. Jahrhundert: in Belgien und Großbritannien, in den Niederlanden und Italien, in Schweden, Spanien, Preußen und in Verfassungen vieler anderer Staaten.³⁴

Vor dem Hintergrund der Ausgangsposition Europas im frühen 19. Jahrhundert ergab eine solche politische Herangehensweise der Liberalen durchaus Sinn. „Der Liberalismus war in gewisser Weise diejenige politische Strömung, für den in seiner Frühphase Verfassung, Parlament und geregelte Verfahren politischer Teilhabe einen vernünftigen Fortschritt verkörperten“, bemerkt Jörn Leonhard.³⁵ Zwar warnt er davor, diese Trias allein auf ein revolutionsprophylaktisches Ziel zu reduzieren, aber diese Absicht und die entsprechenden verfassungspolitischen Auswirkungen lassen sich nicht ignorieren. Sie verbinden den Liberalismus mit der konstitutionellen Monarchie.

Diese verfolgte nämlich zur Sicherung des eigenen Fortbestehens ganz ähnliche Ziele – Revolutionsverhinderung, geregelte Verfahren, die Verhei-

33 Kahan: Liberalism (wie Anm. 30), S. 24, 38.

34 Ebd., passim.

35 Jörn Leonhard: Politisches Gehäuse und ideologische Sprache des Fortschritts. Verfassung, Verfassungsstaat und Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: Birgit Aschmann (Hrsg.): Durchbruch der Moderne? Neue Perspektiven auf das 19. Jahrhundert. Frankfurt/Main 2019, S. 235.

Bung eines vernünftigen Fortschritts – und bediente sich einer ähnlichen Methode: der kontrollierten, dem Volk gewährten und nicht vom Volk erkämpften, vorsichtigen Erweiterung des Kreises derjenigen, die am politischen Prozess partizipieren durften. Sie hatten sich diese Berechtigung verdient, weil sie geneigt und befähigt erschienen, den sich langsam wandelnden Status quo zu befürworten und zu stützen.

III.

Eine dritte Brücke, die Monarchie und Liberalismus im 19. Jahrhundert miteinander verband, war das Verhältnis beider zur Nation und zur Nationalisierung von Staaten und Gesellschaften.

Der Nationalismus kämpft für die angeblich unabdingbaren Rechte einer als Nation definierten Bevölkerungsgruppe, die durch die Einheitlichkeit ihrer Sprache, Kultur und geschichtlichen Erinnerung charakterisiert ist. Die zentrale Forderung der Nationalisten ist, dass diese Bevölkerungsgruppe ihr Recht auf ein eigenes Staatswesen mit eigenem Territorium – den Nationalstaat – durchsetzen kann. Mit dieser Forderung und mit der Anerkennung der Nation als höchster Legitimationsinstanz stand der Nationalismus ursprünglich im scharfen Widerspruch zu den dynastischen, oft heterogenen staatlichen Gebilden der Monarchien des Ancien Régime, deren Zusammenhalt mit den souveränen Rechten der Krone begründet wurde. Im Gefolge der Französischen Revolution stellte die Nation jedoch zunehmend alle anderen politischen Bezugsgrößen in den Schatten. Ihr wurden geradezu axiomatische Rechte zugesprochen. Daher entwickelte sich die Verteidigung der Nation und ihrer Interessen zur entscheidenden Aufgabe jedweder legitimen Regierung.³⁶ Die Monarchen kamen nicht umhin, sich anzupassen, und verfolgten daher nun nationale anstelle von dynastischen Interessen.

Dies geschah nicht ohne den Blick auf das eigene Überleben. Das Ziel der nach Frankreich zurückgekehrten Bourbonen, so brachte es der Minister Élie Decazes auf den Punkt, war es, „die Nation zu royalisieren und den Royalismus zu nationalisieren.“³⁷ Wo dies gelang, wurden aus den Anhängern der Nationalbewegungen königstreue Patrioten und die Monarchen zu zentralen nationalen Leit- und Integrationsfiguren. Die steigende Virulenz des Nationalismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts brachte es daher mit sich, dass die Fürsten als „personifizierte Repräsentanten des nationalen Prestiges“ auftreten mussten, um die Bindung großer politischer Gruppen an

36 Hagen Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München 1994, S. 207 f.

37 Volker Sellin: Gewalt und Legitimität. Die europäische Monarchie im Zeitalter der Revolutionen. München 2011, S. 217.

die Monarchie zu gewährleisten. Dies lag in der Logik der „Nationalisierung der Monarchie“, die auf der Konstitutionalisierung monarchischer Herrschaft aufbaute. Sie stellte, wie Frank-Lothar Kroll vorschlägt, eine zumindest partielle „monarchische Modernisierung“ dar.³⁸ Indem sich die nationalisierten Monarchen immer prononcierter und nachdrücklicher als die Führungsfiguren ihrer Nationalstaaten und ihrer Völker gerierten, lösten sich jedoch die dynastisch-transnationalen Bande, durch die Europas Herrscherfamilien vordem miteinander verknüpft gewesen waren. Als der Kontinent 1914 in den Krieg eintrat, standen sich Soldaten und Gesellschaften hasserfüllt gegenüber, deren monarchische Häupter eng miteinander verwandt waren. Von der „*Royal International*“, die nach 1815 durch monarchische Zusammenarbeit ihren Beitrag zur Bewahrung des Friedens in Europa geleistet hatte, war nichts übriggeblieben.³⁹

Auch der Liberalismus hatte sich vielfach der nationalen Idee verschrieben, weil Liberale in ihr einen Weg zu Fortschritt, Freiheit, wirtschaftlichem Aufschwung und größerer Macht erblickten. In seiner klassischen Abhandlung „*Considerations on Representative Government*“ (1861) verband John Stuart Mill liberale Vorstellungen vom selbstbestimmten Handeln eines Volkes mit der historischen Kategorie der Nation und kam dabei zu dem Schluss, dass die Existenz eines Nationalgefühls die Vereinigung aller Mitglieder dieser Nationalität unter derselben Regierung rechtfertige. Beeinflusst wurde er dabei unter anderem von liberalen Vertretern des nationalen Gedankens wie Giuseppe Mazzini, Lajos Kossuth, Daniel O’Connell oder Simón Bolívar – allesamt Revolutionäre.⁴⁰ Dass sich die Träger der Kronen nun selbst vor den nationalen Karren spannten, konnte den Vertretern eines nationalen Liberalismus nur recht sein: Monarchen setzten sich an die Spitze nationaler Vereinigungsprozesse – wie etwa in Italien oder Deutschland; sie verkörperten, wie in Spanien, die Einigkeit der Nation in innerlich zerrisse-

38 Frank-Lothar Kroll: Zwischen europäischem Bewußtsein und nationaler Identität. Legitimationsstrategien monarchischer Eliten im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. In: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*. München 2007, S. 359–366.

39 Johannes Paulmann: Searching for a ‚Royal International‘. The Mechanics of Monarchical Relations in Nineteenth-Century Europe. In: Martin H. Geyer/Johannes Pauls (Hrsg.): *The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics from the 1840s to the First World War*. Oxford 2001, S. 145–176, https://perspectivia.net/servlets/MCRFileNodeServlet/pnet_derivate_00005030/paulmann_mechanics.pdf (26.2.2022); Hartmut Pogge von Strandmann: Nationalisierungsdruck und königliche Namensänderung in England. Das Ende der Großfamilie europäischer Dynastien. In: Gerhard A. Ritter/Peter Wende (Hrsg.): *Rivalität und Partnerschaft: Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*. Paderborn 1999, S. 69–91.

40 Paul Kelly: Liberalism and Nationalism. In: Steven Wall (Hrsg.): *The Cambridge Companion to Liberalism*. Cambridge 2015, S. 329–351 <http://eprints.lse.ac.uk/61133/> (23.2.2022).

nen Gesellschaften; sie bestätigten die neu errungene nationale Unabhängigkeit von Belgien und Norwegern.

Es waren beileibe nicht nur die deutschen Nationalliberalen – Männer wie Rudolf von Bennigsen oder Johannes von Miquel –, die solchem Handeln Beifall spendeten. In Italien bekehrte die nationale Funktion der Krone sogar ehemalige demokratische Revolutionäre wie Francesco Crispi, der 1864 erklärte, dass die Monarchie das Land vereinen, die Republik Italien jedoch spalten würde.⁴¹

Als Europas monarchische Nationalstaaten dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in das imperiale Zeitalter eintraten und sich anschickten, Ansprüche auf überseeische Macht und Territorien erst zu formulieren und dann umzusetzen, vollzogen die Monarchen diese Entwicklung an der Spitze. Sie spiegelten die Ambitionen ihrer Staaten und Gesellschaften wider und befeuerten sie zugleich. Die gekrönten Häupter inszenierten eine erweiterte, nun die Welt umspannende Herrschaftsrolle und strebten so eine zusätzliche Konsolidierung ihrer Position an. Einige Vertreter der liberalen Großfamilie am Ende des 19. Jahrhunderts gingen auch diesen Schritt beherzt mit und fanden in der überseeischen Ambition eine weitere Verbindung zur Monarchie: man denke nur an die „*Liberal Imperialists*“⁴² in Großbritannien, an Männer wie Friedrich Naumann und Paul Rohrbach in Deutschland oder den langjährigen italienischen Premier Giovanni Giolitti. Auch in Belgien sprachen die imperialistischen Zielsetzungen des Königs den gemäßigten Liberalismus an, der sich diesem Thema als Folge der kolonialen Expansion zuwandte und dabei – so beobachtet Vincent Viaene – seine elitäre, paternalistische und monarchische Seite an den Tag legte. Um die Jahrhundertwende war der Imperialismus sogar zu einem integralen programmatischen Bestandteil der liberalen Partei Belgiens – wohlgemerkt aber nicht der linksliberalen Radikalen – geworden.⁴³

Diese inner-liberale Spaltung spiegelt auch die Verhältnisse in Deutschland wieder. Hier fanden sich unter den Nationalliberalen glühende Befürworter der Kolonial- und Weltpolitik, während linksliberale Stimmen aus der Liberalen Union, der Fortschrittspartei und dann des Freisinns imperialistische Bestrebungen immer wieder scharf ablehnten. Seine pro-imperialistische Haltung brachte dem gemäßigten deutschen Liberalismus des Wilhelminischen Zeitalters mitunter überraschende Freunde und Zuschreibungen. Im Herbst 1906 machte etwa ein anonymes Pamphlet von sich reden:

41 Catherine Brice: Monarchy and Nation in Italy at the End of the Nineteenth Century. A Unique Form of Politicization? In: *European History Quarterly* 43/1 (2013), S. 56.

42 H. C. G. Matthew: *The Liberal Imperialists. The Ideas and Politics of a Post-Gladstonian Elite*. Oxford 1973.

43 Vincent Viaene: King Leopold's Imperialism and the Origins of the Belgian Colonial Party, 1860–195. In: *Journal of Modern History* 80/4 (2008), S. 773 f.

Das Bändchen „Unser Kaiser und sein Volk. Deutsche Sorgen. Von einem Schwarzseher“ fand reißenden Absatz. Der anonyme Autor rechnete kenntnisreich und wortgewaltig mit dem Regime des letzten deutschen Kaisers ab. Dies geschah nicht von republikanischer Seite, sondern aus der Perspektive eines national gesinnten, progressiven Monarchisten, der sich um die Zukunftsfähigkeit des Reiches – vor allem auf der internationalen Bühne – sorgte. Der niemals ermittelte „Schwarzseher“ hoffte allerdings noch auf die Rettung des Landes, der Monarchie und des Kaisers. Er setzte dabei auf „Männer, die für Überzeugungen eintreten“. ⁴⁴

Für diese Mission erschien dem Autor interessanterweise „gerade der Liberalismus geeignet“. Anders als der altpreußische Konservatismus, dem der Kaiser entwachsen sei, biete der Liberalismus dem Monarchen weiterhin eine gemeinsame Grundlage und dem monarchischen Nationalstaat eine Zukunftsperspektive: „Die Persönlichkeit des Kaisers fußt im modernen Industriestaat, und in diesem Industriestaat wurzelt auch, oder sollte wurzeln, der nationale Liberalismus. Der nationale Liberalismus, nicht als eine Parteilosung, sondern als eine Volksnothwendigkeit. Dieser nationale Liberalismus umschließt das, was uns Deutschen heute not tut.“ ⁴⁵

IV.

1918 endete nicht nur der Erste Weltkrieg, sondern auch das europäische Zeitalter der konstitutionellen nationalen Monarchien. Innerhalb des Jahrzehnts zwischen 1917 und 1922 gingen Dutzende von Monarchien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa unter. Die letzte monarchische Ära machte einer Epoche Platz, die von Republiken und Diktaturen gekennzeichnet sein sollte. Auch für den moderaten Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der sich bei der langsam fortschreitenden Entwicklung dieser monarchischen Staatsform mit den Kronen verschlungen hatte, bedeutete der Krieg das Ende einer erfolgreichen Epoche. Inmitten der bald ausbrechenden politischen Kämpfe der Zwischenkriegszeit galt der Liberalismus vielen als überwunden, relikthaft und irrelevant. ⁴⁶

Diese knappen Ausführungen zum Verhältnis von Liberalismus und Monarchie im 19. Jahrhundert enden somit in einem tragischen Resümee. Die vielleicht größte Leistung des europäischen Liberalismus im 19. Jahrhundert war die schrittweise und weitestgehend unblutige Umgestaltung der vormals

44 Unser Kaiser und sein Volk. Deutsche Sorgen. Von einem Schwarzseher. Freiburg 1906, S. 88.

45 Ebd., S. 89.

46 Jens Hacke: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. Frankfurt a. M. 2018.

autokratischen monarchischen Systeme in moderne konstitutionelle monarchische Staaten, in denen immer mehr Menschen in den Genuss immer sichererer Freiheitsrechte kamen. Die Kronen gingen den Weg dieser Transformation oder Restauration mehr oder weniger willig mit, denn der Lohn dafür war das eigene Überleben, das der Liberalismus, der die Monarchie nirgendwo doktrinär ablehnte, gerne in Kauf nahm.

Indem jedoch beide Seiten – die Monarchie und der Liberalismus – vor dem gefährlichen Wind des Nationalismus gesegelt waren, um ihre Ziele anzustreben, wirkten beide auf ihr schließliches Ende hin. Die von den konstitutionellen und nationalisierten Monarchien mitgestaltete Mächterivalität führte den Krieg mit herbei, an dessen Ende für viele Monarchien Niederlage, Revolution und „Entkrönung“, für viele Gesellschaften Extremismus und Illiberalität standen. Auch für den Liberalismus erwies sich der Pakt mit dem Nationalismus als faustisch. Schon vor Ausbruch des Krieges, so urteilt David Harris, „waren die Freiheiten, die der Liberalismus als die Grundlagen für ein anständiges menschliches Leben kultiviert hatte, tatsächlich zu Luxusartikeln geworden, denen es vorbestimmt war, auf dem nationalen Altar geopfert zu werden, wenn erst der Tag der Abrechnung angebrochen sein sollte.“ Der Aufstieg des Nationalismus mit seiner Absolutsetzung des nationalen Kollektivs unterminierte nicht nur die individualistische Grundannahme des Liberalismus, sondern am Ende eine noch fundamentalere liberale Überzeugung: den Glauben an die dem Menschen innewohnende Rationalität.⁴⁷

47 Harris: *European Liberalism* (wie Anm. 20), S. 523.